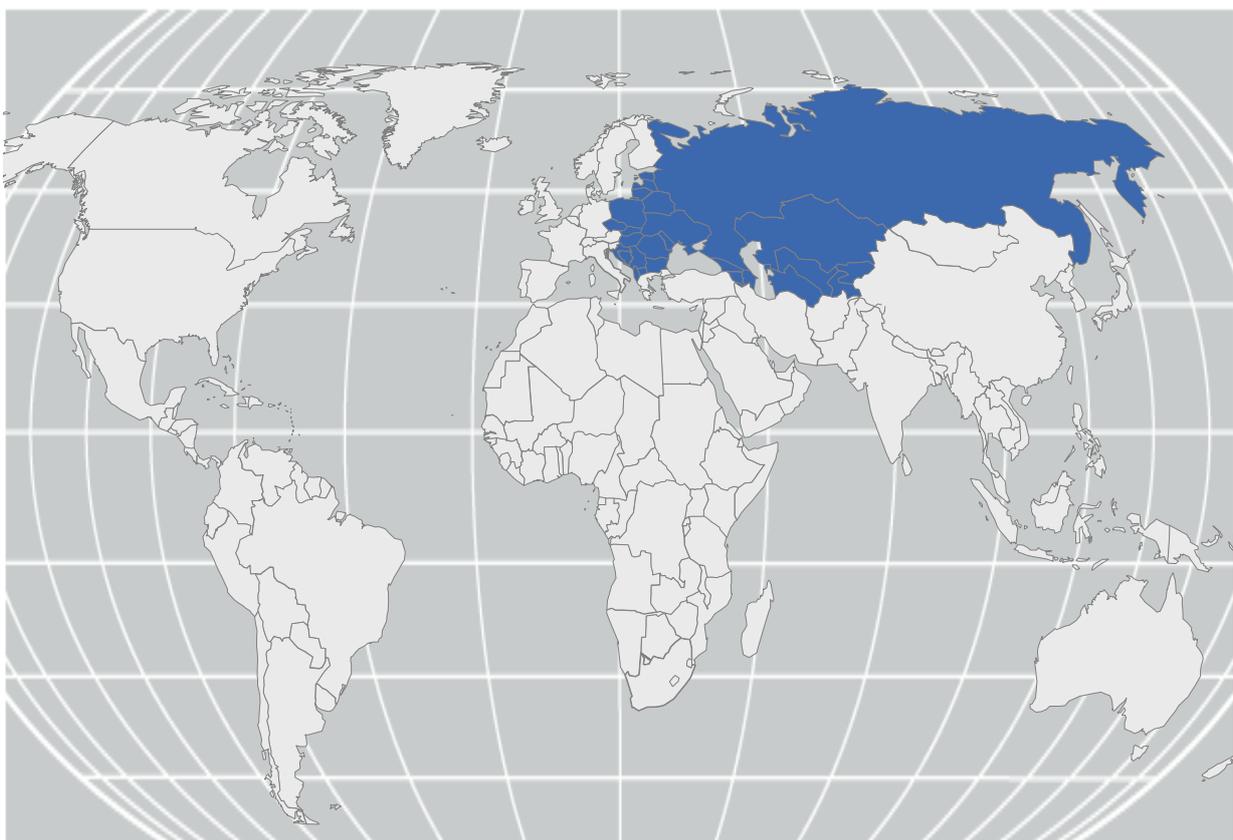


Friedrich Naumann
STIFTUNG **FÜR DIE FREIHEIT**

Policy Paper der Region
Mittel-, Südost- und Osteuropa,
Südkaucasus und Zentralasien



Dezember 2009

Inhaltsverzeichnis

1.	Neue EU-Staaten: Beitritte sollen Wandel beschleunigen, nicht beenden	3
1.1	Die demokratische und wirtschaftliche Konsolidierung der neuen EU-Mitglieder ist noch nicht abgeschlossen	3
1.2	Konsequente liberale Reformpolitik war am erfolgreichsten – und muss deshalb wieder Vorrang haben	5
2.	Neue Risiken und Chancen an der östlichen Peripherie der EU und NATO	6
2.1	Autoritäre Systeme bedrohen die demokratische Entwicklung	6
2.2	Die Integrationskraft der westlichen Wertegemeinschaft stärken	8

„Die Freiheit ist noch nicht gewonnen“ – Liberale Positionen zum Stand der demokratischen Transformation und Konsolidierung im östlichen Europa und seinen Nachbarregionen

1. Neue EU-Staaten: Beitritte sollen Wandel beschleunigen, nicht beenden

Das Ende des Kalten Krieges rückte die Vision eines neuen europäischen Kontinents, der geeignet, friedlich, frei, offen, demokratisch und liberal ist, in greifbare Nähe. Mit der erfolgreichen östlichen Erweiterung der Europäischen Union und der NATO wurde dieser Traum für 100 Millionen Menschen in Mittel-, Südost- und Osteuropa (MSOE) Wirklichkeit. Mit dieser großen gemeinsamen Anstrengung, die ein Beispiel für die Segnungen einer funktionierenden transatlantischen Allianz ist, nutzten Europa und die Vereinigten Staaten die Gunst der historischen Stunde, um, unter aktiver Mitwirkung deutscher Liberaler, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer für Freiheit, Demokratie und Stabilität zu arbeiten.

Heute sind zehn Länder aus dieser Region Mitglied der NATO sowie der EU und damit Teil des europäischen Binnenmarktes, dem größten der Welt, der ein Viertel des globalen Wohlstandes produziert. Die ökonomische Transformation dieser neuen Marktwirtschaft gilt gemeinhin als abgeschlossen. Auch scheint mit dem Eintritt in die europäische Wertegemeinschaft der Wandel zu pluralistischen Demokratien gelungen zu sein.

1.1 Die demokratische und wirtschaftliche Konsolidierung der neuen EU-Mitglieder ist noch nicht abgeschlossen

Alle Reformländer hatten sich zunächst pluralistische parlamentarische Regierungssysteme gegeben und waren in der Mehrzahl liberalen Reformkonzepten gefolgt, allerdings mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Nach 20 Jahren Transformation, nach dem Wegfall des Veränderungsdrucks durch den radikalen Systemwechsel und die EU-Beitrittsverfahren beobachten wir aber gerade in der jüngeren Zeit Entwicklungen, die dem Ziel der Schaffung stabiler liberaler Demokratien und Marktwirtschaften in den neuen östlichen Mitgliedstaaten zuwiderlaufen.

Insbesondere die Parteiensysteme sind weiterhin so schwach entwickelt, dass sie die demokratische Konsolidierung bedrohen. Diese Schwäche ermöglicht die zunehmenden Erfolge weicher und harter Populisten sowie roter und brauner Nationalisten, deren wachsende unheilvolle Einflussnahme den Konsolidierungsprozess insgesamt behindert. Es fehlt weiterhin an innerparteilicher Demokratie, an einer klaren ideologischen Ausrichtung und repräsentativen Funktion der Parteien. Dies wiederum führt zu hoher Volatilität sowohl auf Seiten der politischen Akteure als auch der Wähler. Die weitere Folge sind antagonistische Koalitionen und instabile Regierungen, ein fortschreitender Vertrauensverlust in die politische Führung und ein Rückgang der Partizipation durch die Bürger. Die für die Demokratie wichtige Funktion der Parteien, Normen und Prozeduren der Konfliktregelung und Konsensbildung einzuüben, wird gar nicht oder mangelhaft ausgeübt.

Besonders besorgniserregend ist der abnehmende Einfluss reformorientierter Führungspersönlichkeiten und Parteien in vielen Ländern der Region, wie zuletzt die Europawahl in 2009 zeigte. Hierbei geht es nicht nur um die zukünftige politische Entwicklung dieser Länder, sondern auch

um die Vermeidung negativer Rückwirkungen in die Gemeinschaft und deren Institutionen. Nationalisten und Populisten in den Mitgliedsländern können die drängenden Reformen der europäischen Institutionen abschwächen, verzögern und bei der Anwendung des Einstimmigkeitsprinzips sogar verhindern. Populismus zerstört das repräsentative Prinzip.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, die gleich nach der Wende von 1989/90 notwendige liberale Reformen durch Beratungs- und Bildungsangebote in den Transformationsländern anstieß und unterstützte, ist über diese Entwicklungen besorgt. Die Europäischen Institutionen, die Mitgliedsstaaten sowie Nichtregierungsorganisationen und andere zivilgesellschaftliche Akteure sind angesichts dieser beunruhigenden Tendenzen aufgefordert, ihre Unterstützung der demokratischen Konsolidierung in den Reformländern wieder zu intensivieren. Die politisch vollzogene Erweiterung muss durch ein Zusammenwachsen der Gesellschaften nachhaltig verankert werden. Ziel muss eine feste gemeinsame Wertegemeinschaft sein, die das Fundament eines geeinten Europas bildet. Dafür ist in den nächsten Jahren vor allem ein starkes bürgerschaftliches Engagement mit dem Ziel des intensiveren Dialogs und Austausches notwendig. Die politischen Stiftungen in Europa und weltweit leisten seit mehr als fünf Jahrzehnten wichtige Beiträge zur Förderung und Konsolidierung demokratischer, pluralistischer Strukturen. Demokratie kann nicht verordnet werden; sie muss gewollt, gewonnen und erlernt werden.

In den Ländern des Westbalkans muss es ernsthafte Bemühungen zur europäischen Annäherung unter voller Wahrung der Kopenhagener Kriterien geben. Auch für ein demokratisches und rechtsstaatliches Serbien, das vollständig mit dem UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag zusammenarbeitet, gibt es zur Mitgliedschaft in der Gemeinschaft der europäischen Länder nach wie vor keine Alternative. Die demokratischen, pro-europäischen Kräfte Serbiens sind inzwischen durch die Liberalisierung des Visaregimes seitens der EU nachdrücklich gestärkt worden. Sie brauchen die Solidarität und Unterstützung der Gemeinschaft, um für ihren politischen Kurs in Richtung Europa noch breitere Unterstützung zu erfahren. Mit dem Inkrafttreten des Übergangsfreihandelsabkommens zwischen der EU und der Republik Serbien verbindet sich die Hoffnung, relativ kurzfristig das enorme Handelsbilanzdefizit der serbischen Exportwirtschaft verringern zu können und deren derzeit niedrige Wettbewerbsfähigkeit mittelfristig zu erhöhen. Die zu erwartenden Vorteile dieses Abkommens – gepaart mit der systematischen Fortsetzung der Reformpolitik, sowie mit einer konsequenten Korruptionsbekämpfung, sollten die Vorteile der EU-Integration auch für den einfachen Bürger noch besser sichtbar machen.

Grundsätzlich muss die Glaubwürdigkeit der Erweiterungspolitik der EU wieder hergestellt werden. Obwohl die Beitrittsperspektive und die späteren Heranführungs- und Beitrittsverfahren für die demokratische und wirtschaftliche Transformation integrierend und zugleich disziplinierend wirken, darf es keine vorrangig politisch motivierten Blockbeitritte unterschiedlich beitrittsreifer Länder mehr geben.

Bei zukünftigen Beitrittsverhandlungen muss neben der vollständigen Umsetzung des Acquis Communautaire ein viel stärkeres Gewicht auf die nachhaltige demokratische Entwicklung von Gesellschaft, Staat und Politik gelegt werden. Dazu gehören die strikte Einhaltung der Gewaltenteilung, von Rechtssicherheit und Unabhängigkeit des Justizwesens, von Medienfreiheit und -vielfalt, ein faires Wahlrecht, moderne Parteiengesetze, transparente politische Entscheidungsprozesse sowie die Trennung von Wirtschaft und Staat. Die Erfahrung der letzten Erweiterungsrunden hat gezeigt, dass die bisherigen Instrumente der EU dafür nicht ausreichen.

1.2 Konsequente Reformpolitik war am erfolgreichsten – und muss deshalb wieder Vorrang haben

Die politische Volatilität und das stark abnehmende Vertrauen der Bevölkerung in die Politik wird häufig mit vermeintlich negativen Resultaten marktwirtschaftlicher Reformen, insbesondere einer zunehmenden sozialen Ungleichheit in den neuen EU-Mitgliedstaaten erklärt. Dies veranlasste neu gewählte Regierungen, das Rad der Reformen anzuhalten oder sogar zurück zu drehen. Enttäuschung und Desillusionierung über den wirtschaftlichen Umbau wurden vor allem durch Mitte der 1990er Jahre auftretende Produktions- und Wachstumsrückgänge sowie Rezessionen genährt, die in manchen Ländern schwerer ausfielen als erwartet und zu besonderen sozialen Härten führten. Heute, im Rückblick und Vergleich über einen Zeitraum von mehr als 15 Jahren, lässt sich allerdings feststellen, dass eine schnelle makroökonomische Stabilisierung und Liberalisierung und eine transparente sowie fairen und klaren gesetzlichen Regeln folgende Privatisierung nicht nur der nachhaltigen Entwicklung der Volkswirtschaften entscheidend half, sondern auch die Bildung neuer und besserer Institutionen förderte.

Umfassendere und konsequente Reformen ermöglichten den Ländern nicht nur, zu einer schnelleren Überwindung der post-kommunistischen Rezessionen zu gelangen, sondern auch zu einer anhaltend besseren Wirtschaftsentwicklung, die sich vor allem in höheren Wachstumsraten und stärkeren Auslandsinvestitionen widerspiegelt. Im heutigen Vergleich stehen die Länder der baltischen Region und in Mitteleuropa wesentlich besser da, als Transformationsländer im südöstlichen Europa, im Südkaukasus oder in Zentralasien. Die positiven Transformationserfahrungen der entschlossenen Reformländer sind beispielhaft für die gesamte Region MSOE. Damit zeigt sich wiederum die Gültigkeit einer liberalen Grundüberzeugung: Eine funktionierende und soziale Marktwirtschaft braucht freie Märkte, die disziplinierende Wirkung des Wettbewerbs und Rechtsstaatlichkeit. Unter diesen Voraussetzungen kann die vom Staat so geschützte Marktwirtschaft ihre sozial vorteilhaften Wirkungen entfalten: Niedrigere Preise, höhere Produktivität, mehr Arbeitsplätze und steigende Einkommen. Der wirtschaftliche und soziale Aufstieg oder Niedergang eines Landes hängt entscheidend von den richtigen politischen Weichstellungen ab, d.h. vom Reformwillen der politischen Führung und der Bevölkerung.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit tritt entschieden für die Verteidigung und Stärkung offener Marktwirtschaften als Quelle breiten Wohlstands ein. Seit Beginn der wirtschaftlichen Umstrukturierung hat sie politische Entscheidungsträger in MSOE ordnungspolitisch beraten. Heute reicht in manchen Reformländern die Liberalisierung und marktwirtschaftliche Modernisierung einzelner Wirtschafts- und Finanzbereiche schon weiter als in manchem der alten Mitgliedsländer. Die liberale Stiftung engagiert sich deshalb neuerdings auch für den Rückfluss dieser Erfolgskonzepte. Eine Publikation über erfolgreiche liberalere Reformen in Osteuropa wurde Ende 2008 im Europäischen Parlament in Brüssel vorgestellt (<http://msoe.freiheit.org>). Darin beschreiben Autoren aus der Region, von denen die meisten selbst an der Entwicklung und Umsetzung liberaler Politikkonzepte beteiligt waren, wie marktwirtschaftliche Ansätze auch gegen starke ideologische Widerstände durchgesetzt wurden.

An diesen Leitbildern sollten sich die politischen Eliten orientieren. Verteilungspolitische Spielräume sind im Osten Europas ohnehin beschränkt, das Wohlstandsgefälle gegenüber dem Westen ist weiterhin groß. Während das in Kaufkraftparitäten gemessene Pro-Kopf-Einkommen in Tschechien inzwischen nach Messung der Deutsche Bank Research (2008) immerhin 60 Prozent des Eurolanddurchschnitts erreicht hat, sind es in Bulgarien und Rumänien weniger als 30 Prozent.

Gerade die westlichen liberalen Demokratien und Marktwirtschaften in Europa müssten den östlichen Neumitgliedern Reformwillen und –eifer vorleben. Nur Wettbewerb schafft Fortschritt. Das alte Europa darf neue Wege nicht blockieren, sondern muss sich selbst reformieren. Dafür müssen die nationalen Regierungen und europäischen Institutionen einen viel entschiedeneren Beitrag als bisher leisten. Der beginnt bei der Verteidigung der vier Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes, der ein Grundpfeiler des europäischen Einigungswerkes und ein Wohlstandsmotor ist. Dies ist gerade für Deutschland eine Schlüsselfrage, das aufgrund seiner Stellung als starker Exporteur von Investitionsgütern ein Gewinner der EU-Osterweiterung ist.

So wird sich auch die Finanzkrise nur durch eine Rückbesinnung auf den Kern der sozialen Marktwirtschaft bewältigen lassen und nicht durch mehr Regulierung und Protektionismus. Wirtschaftliche Abschwünge bieten zudem die Chance, längst überfällige Reformen und Modernisierungen zu beschleunigen. Zusammen mit ihren Partnern hat die Stiftung liberale Lösungen als Auswege aus der Krise erarbeitet. Diese sind ohnehin dringend notwendig, denn nur wer sich der globalen Wirtschaftswelt anpasst, wird aus den Chancen den entsprechenden Nutzen ziehen. Der Erfolg der Transformation hängt stark vom Grad der Teilnahme an der Globalisierung ab. Viele Transformationsländer sind inzwischen Globalisierungsgewinner, was einschneidenden Wirtschaftsreformen zu verdanken ist.

2. Neue Risiken und Chancen an der östlichen Peripherie der EU und NATO

Das Bemühen der erweiterten EU um neue, engere Partnerschaften mit den Ländern in den östlichen Nachbarschafts- und Kooperationsräumen, die nicht nur eine Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen, sondern auch den Aufbau und die Konsolidierung stabiler, gerechter und offener Gesellschaften zum Ziel haben, ist wichtig und aus Stiftungssicht zu begrüßen.

Das Erreichen von Sicherheit und Stabilität, der Achtung von Menschenrechten und der Rechtsstaatlichkeit sowie letztlich eines demokratischen Wandels in den östlichen Nachbarländern und –regionen der Gemeinschaft verlangt in einer Zeit mit neuen Risiken – und neuen Chancen – den Mut und Willen zu neuen Anstrengungen und Ansätzen. Dies ist besonders dort erforderlich, wo die Instrumente der europäischen Nachbarschaftspolitik und neuer Partnerschaftsabkommen zur Stärkung von Stabilität, Demokratie und Sicherheit nicht ausreichen, aber eine konkrete Beitrittsperspektive auf absehbare Zeit oder gar nicht gegeben werden kann.

2.1 Autoritäre Systeme bedrohen die demokratische Entwicklung

In Russland, Belarus und den zentralasiatischen Staaten kann von Demokratisierung nicht mehr die Rede sein: Die Übergangsperiode ist vorüber; doch ihr Ergebnis ist nicht, wie erwartet oder doch erhofft, die Demokratie, sondern der autoritäre Staat. Durch rechtliche Eingriffe, das rücksichtslose Einsetzen administrativer Macht, die permanente Manipulation der Öffentlichkeit durch ein staatliches Medienmonopol sowie die Steuerung der Opposition bis hin zur Schaffung einer Scheinopposition ist der in den Anfängen begriffene Pluralismus systematisch beschränkt und zurückgedrängt worden.

In letzter Zeit lassen sich jedoch Tendenzen beobachten, die darauf hindeuten, dass Teile der russischen Führung erkannt haben, dass die gewaltigen ökonomischen und sozialen Herausforderungen, vor denen das Land steht, mit den bisher verwendeten Methoden allein nicht mehr bewältigt werden können. Einige öffentliche Äußerungen von Präsident Medwedjew enthalten

deutliche Kritik an der bisherigen Politik, die Eigeninitiative und Wettbewerb in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft unterdrückt hat. Das wird nicht zu einer schnellen Entwicklung hin zu mehr Demokratie und Rechtsstaat führen, bietet aber für die deutsche und europäische Politik neue Ansatzpunkte. Die Zukunft wird zeigen, inwieweit das derzeitige System, das sich vor allem an den Interessen mächtiger Klientelgruppen orientiert, zu Reformen in der Lage ist und inwieweit Interessengegensätze zwischen verschiedenen Teilen der Machteliten aufbrechen.

Unverkennbar ist der Versuch der Herrscher im Kreml, verloren gegangenen Einfluss im postsowjetischen Raum und darüber hinaus wiederzugewinnen. Dabei werden Öl und Gas, die neue Machtwährung, als politisches Instrument eingesetzt. Ein realer Machtanspruch wird jedoch vor allem gegenüber den Staaten der GUS vertreten. Außerhalb der GUS stehen der verbal vertretene Machtanspruch und die tatsächlichen Ressourcen, um ihn durchzusetzen, in einem starken Widerspruch zueinander. So ist das Selbstbild als Weltmacht denn auch vor allem nach innen gerichtet. Es soll die derzeitige Führung vor allem innerhalb Russlands legitimieren und das seit dem Zerfall der Sowjetunion bestehende Werte- und Ideologievakuum füllen.

Die zentralasiatischen Staaten haben sich dem Machtanspruch Russlands mehr oder weniger angepasst. Dabei begegnet Kasachstan, selbst mit Rohstoffen gesegnet, der russischen Führung auf Augenhöhe, während Usbekistan und in Annäherung ebenso Kirgisistan die russische Stärke mit einer auf azimuts ausgerichteten Außenpolitik, also mit verbesserten Beziehungen zur EU, insbesondere zu Deutschland, und zu den USA, bei einem anhaltend guten Verhältnis zu China auszubalancieren suchen. Belarus dagegen zeigt sich trotz mancher neuer Ansätze letztlich noch nicht bereit, die Bedingung für eine Verbesserung der Beziehungen zur EU, nämlich die Einhaltung demokratischer Mindeststandards zu erfüllen.

Im Südkaukasus hat das Jahr 2008 mit Präsidentschaftswahlen in Georgien, Armenien und Aserbaidschan keinen Fortschritt in Richtung Demokratie gebracht. Nach den tragischen Ereignissen des Krieges in Georgien haben sich im Gegenteil der autoritäre Führungsstil in allen drei Ländern verfestigt und die Gefahr neuer militärischer Auseinandersetzungen erhöht. Die Wiederaufnahme des bewaffneten Konflikts zwischen Armenien und Aserbaidschan um Nagorny Karabach sowie die Tendenz, Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Führungen und mit der politischen Opposition mit Gewalt auszutragen, gehören hier zu den größten Bedrohungen. Zu einer deutlichen Verschlechterung der Lage hat auch die Entscheidung Russlands beigetragen, die Konfliktregionen Abchasien und Südossetien als unabhängige Staaten anzuerkennen. Die Hoffnungen auf eine Verbesserung des armenisch-türkischen Verhältnisses nach der Unterzeichnung der Protokolle über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die Öffnung der Grenze zwischen beiden Ländern im Oktober 2009 sind durch die ablehnende Reaktion Aserbaidschans, der armenischen Diaspora und der türkischen Nationalisten bereits wieder in Frage gestellt worden. Die Regierung der Türkei versucht jetzt, durch ein Junktim der Umsetzung der Protokolle mit der Lösung des seit 15 Jahren schwelenden Karabachkonflikts sich den übernommenen Verpflichtungen zu entziehen.

Von großer Bedeutung für die Zukunft der Region sind deshalb die Bemühungen der NATO und der EU im Rahmen von Partnerschaftsabkommen die Regierungen für einen mutigen Reformkurs und die Öffnung gegenüber den euro-atlantischen Strukturen zu motivieren. Gleichzeitig sollte die EU den Dialog mit der demokratischen Opposition weiter intensivieren.

Die Ukraine ist seit der Orangen Revolution von Ende 2004 zu einem freiheitlichen Land geworden, mit immer noch großen Demokratiedefiziten, vor allem im Bereich der Rechtsprechung, Korruption und politischen Kultur. Der Vorrang wirtschaftlicher Individualinteressen und die einseitige Orientierung an Machtkriterien im Parlament und anderen wichtigen staatlichen Institutionen verhinderten bisher grundlegende Reformen. Die destruktiven Auseinandersetzungen

zwischen Staatspräsident und Regierung haben nicht nur die schwache Regierungsmehrheit beseitigt, sondern den Respekt vor den Institutionen, vor allem im Bereich von Politik und Rechtsprechung, weiter sinken lassen. Die ungewissen Perspektiven hinsichtlich Neuwahlen und möglicher zukünftiger Koalitionen lassen die Ukraine als internationalen Partner zunehmend unseriös erscheinen. Die Unfähigkeit der politischen Eliten, überfällige institutionelle Reformen im Konsens durchzuführen, erschwert eine substantielle Annäherung an die EU; trotz laufender Verhandlungen über ein Freihandelskommen mit assoziativer Wirkung. Die zukünftige Gestaltung des Verhältnisses zu Russland ist schwer vorherzusagen. Julia Tischoschenko verfolgt einen pragmatischeren Kurs als Präsident Juschtenko, der in der Vergangenheit auf Abgrenzung von Russland setzte, um die staatliche Souveränität der Ukraine zu festigen. Sicher ist, dass der nächste Präsident nicht Viktor Juschtenko sein wird. Sollte Viktor Janukowitsch die Präsidentschaftswahlen gewinnen, ist von einer engen Anbindung der Ukraine an Russland auszugehen, wobei auch Frau Timoschenko zunehmend um gute Beziehungen zu Russland bemüht ist, nicht zuletzt um die Gaslieferungen reibungslos abzuwickeln.

Die Ukraine hat die Finanzkrise noch lange nicht überwunden. Die Unterkapitalisierung der Banken führte zur Stagnation der Wirtschaft, die voraussichtlich auch 2010 anhalten wird. Die Währung bleibt instabil, weil die Regierung immer wieder die Notenpresse anwirft, um Verbindlichkeiten zu bedienen. Wahrscheinlich werden die Auseinandersetzungen um politischen Einfluss und Macht auch nach den Präsidentschaftswahlen nicht beendet sein. Es ist davon auszugehen, dass die politische und wirtschaftliche Krise auch im Jahr 2010 andauert.

2.2 Die Integrationskraft der westlichen Wertegemeinschaft wiederbeleben

Das demokratische Europa sollte besorgt darüber sein, dass die Integrationswirkung der EU in vielen östlichen Nachbarregionen offenbar nachlässt. Dadurch steigt an den Grenzen der EU und NATO die Gefahr eines alternativen, weniger euroatlantisch ausgerichteten Ordnungsmodells, das für die gewachsene, jedoch noch nicht konsolidierte demokratische Wertegemeinschaft bedrohlich ist.

Die vorrangige Sicherung der neuen östlichen Grenzen der EU muss um zusätzliche Initiativen zur Förderung des demokratischen Wandels und der Stabilität in den Nachbarregionen im Schwarzmeerraum sowie im südlichen Kaukasus erweitert werden. Der Westen ist als Werte- und Interessengemeinschaft für die Sicherheit, Stabilität und die demokratische Entwicklung der Region unentbehrlich. Ziel muss eine schnelle und belastbare Anbindung an den demokratischen Westen sein.

Die politischen Prinzipien, auf denen die EU beruht, sind richtig und erstrebenswert, unabhängig davon, ob oder wann ein Beitritt erfolgt. Sie waren schon für viele Länder ein guter Leitfaden für ihre erfolgreiche Entwicklung.

Die EU muss ihre strategischen Interessen in der Region klarer als bisher definieren, um nicht die Verantwortung für Frieden und Stabilität anderen überlassen zu müssen. Während die EU-Erweiterung durch parallele Vollmitgliedschaften in der NATO begleitet und gesichert wurde, ist gegenüber den Nachbarregionen ein flexibleres Vorgehen erforderlich. Gerade die Qualität von partnerschaftlichen Beziehungen, die aus unterschiedlichen Gründen eine Vollmitgliedschaft in EU und NATO ausschließen, muss neu gestaltet werden. Instrumente wie der Membership Action Plan der NATO und die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) sollten für diesen Zweck modifiziert und ausgebaut werden.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass durch das Instrument der ENP der Export von Sicherheit und Stabilität nicht gelungen ist. Ob der Vorschlag der Kommission für eine neue Östliche Partnerschaft in den Beziehungen zu Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldau und der Ukraine einen solchen Qualitätssprung bewirken kann, bleibt abzuwarten. Die in diesem multilateralen Rahmen für die zukünftige bilaterale Zusammenarbeit u. a. vorgesehenen neuen Assoziierungsabkommen, einschließlich weit reichender Freihandelsabkommen, die Förderung der Mobilität, die Intensivierung des politischen Dialogs, verantwortungsvolle Regierungsführung und Stabilität sowie die größere Einbeziehung der Zivilgesellschaft sind als wichtige Schritte zu begrüßen. Dabei sollte die geplante zusätzliche finanzielle Unterstützung dieser Länder vom Fortschritt der Reformbemühungen abhängig gemacht werden.

Die Ukraine bleibt neben den baltischen Staaten vorerst das einzige Land der ehemaligen Sowjetunion, das einen demokratischen Machtwechsel geschafft hat. Jüngst hat sich auch in Moldau eine demokratische Wende vollzogen, deren Erfolg aber noch nicht garantiert ist. Die Ukraine und die EU sollten jetzt gemeinsam daran arbeiten, dass die Vorzüge von Freizügigkeit und Rechtsstaatlichkeit den Menschen soweit wie möglich zugute kommen. Dabei sollten alle Kooperationsmöglichkeiten genutzt werden, was eine offenere Visapolitik der EU gegenüber der Ukraine einschließt. Damit aus der Ukraine eines Tages ein attraktiver Kandidat für eine EU-Mitgliedschaft wird, müssen sich alle wesentlichen gesellschaftlichen und politischen Kräfte den speziellen Herausforderungen bewusst sein und entsprechend zielorientiert handeln. Die Unterstützung der dafür notwendigen Reformen durch eine breite Mehrheit nicht nur der politischen Elite, sondern auch der Bevölkerung wird für die Erreichung dieses historischen Ziels entscheidend sein.

Im Verhältnis zu Russland sollten die EU und die Atlantische Allianz mit Prinzipienfestigkeit gemeinsame Interessengebiete identifizieren, etwa bei Handel, Investitionen und der Proliferation. Eine geeinte Allianz auf der einen Seite und auf der anderen die Einsicht Russlands, dass es wegen seiner langfristigen eigenen strukturellen Probleme und Schwächen Freunde und Verbündete braucht, könnte eine zunehmende Konfrontation verhindern helfen. Dabei wird zunehmend deutlich, dass – bei aller Notwendigkeit zu umfassender Zusammenarbeit – die Beziehungen der EU zu Russland nicht die Gestalt einer strategischen Partnerschaft annehmen können: Noch bestehen zu wenig Gemeinsamkeiten, insbesondere bei den Werten, als dass es dafür schon eine Basis gäbe. Die in letzter Zeit zu hörenden Äußerungen des russischen Präsidenten Medwedjew, die eine vorsichtige Veränderungsbereitschaft signalisieren, sollten ernst genommen und immer wieder als Grundlage der Zusammenarbeit angemahnt werden.

Das Atlantische Bündnis muss eine neue Diskussion über die gemeinsame, verbindende Wertebasis führen, in deren Zentrum vor allem Achtung und Schutz der Würde jedes einzelnen Menschen, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Marktwirtschaft stehen. Nur dem Land, das diese Werte uneingeschränkt teilt und einhält und nicht in ungelösten Territorialkonflikten gefangen ist, kann die Tür zur NATO-Mitgliedschaft offen stehen. Unerlässlich ist auch, dass die Bevölkerung mehrheitlich hinter dem Aufnahmewunsch steht. Zwar sollte das Bündnis bei zukünftigen Entscheidungen in der Region auch das Verhältnis zu Russland in Blick haben, ein russisches Vetorecht bei NATO-Beitritten gibt es jedoch nicht.

Impressum:

Herausgeber: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Bereich Internationale Politik
Referat Politikberatung und Internationale Politikanalyse
Karl-Marx-Straße 2
D-14482 Potsdam

Telefon: +49 (331) 7019-117
Fax: +49 (331) 7019-133

Autor: Ulrich Niemann, Regionalbüroleiter MSOE, Sofia